



Das belgische Atomkraftwerk Tihange mit seinem maroden Meiler No.2, das 70 Kilometer westlich von Aachen liegt, ist eine ernsthafte Gefahr für die Bevölkerung in unserer Region.

Anfragen und Anträgen dafür ein, dass die Bundesregierung in diesem Bereich aktiver wird!

Selbst der Chef der belgischen Atomaufsicht, Jan Bens, sprach kürzlich von der „alarmierenden Wahrscheinlichkeit“ einer Kernschmelze. Dennoch wird der Schrottreaktor nicht vom Netz genommen. Die privaten Profitinteressen des Betreibers Electrabel haben offenbar Vorrang vor den Sicherheitsinteressen der Bevölkerung. Es ist gut, dass in der Region grenzüberschreitend eine starke Bewegung für die Schließung von Tihange entstanden ist. Es ist auch gut, dass sich hier alle Parteien dem Protest anschließen und die Städteregion Aachen im Verbund mit anderen Städten und Gemeinden gegen den Weiterbetrieb von Tihange klagt. Dennoch könnten Landes- und Bundesregierung viel mehr tun, um den Druck auf die belgischer Regierung zu erhöhen.

Die gegenwärtigen Europäischen Verträge bieten leider keine Grundlage, die Bevölkerung in einer solchen Situation zu schützen. Im Gegenteil: Der EURATOM-Vertrag beinhaltet die Förderung der Atomenergie. Deshalb fordere ich als Europapolitischer Sprecher der Linksfraktion die Auflösung des EURATOM-Vertrags und seine Ersetzung durch einen entsprechenden Vertrag für Erneuerbare Energien.

Wir brauchen dringend eine europäische Koordinierung der notwendigen Energiewende. In Aachen und der Region gibt es sehr aktive Initiativen gegen Tihange, zum Beispiel das Stop Tihange Bündnis. www.stop-tihange.org

Die Initiativen planen am 25. Juni 2017 eine trinationale Menschenkette von Aachen über Maastricht und Lüttich nach Tihange, die wir als LINKE unterstützen.

Das ist ein wunderbares Beispiel für eine europäische Kooperation „von unten“ im Angesicht einer Europäischen Union, in der die Profitinteressen der Konzerne im Vordergrund stehen.

Andrej Hunko,
Mitglied des Deutschen Bundestags

Christoph Butterwegge ist der richtige Kandidat zur richtigen Zeit



Foto Wolfgang Sogmidt

Wahl hat. Mit ihm hat DIE LINKE einen würdigen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten aufgestellt, der für einen politischen Gegenentwurf zum Neoliberalismus steht." Demirel weiter: "Gerade weil in NRW die Armut besonders stark zunimmt, ist seine Nominierung das richtige Signal zur richtigen Zeit. Zugleich lehnt Christoph Butterwegge Interventionskriege ab und ist ein renommierter Name im Kampf gegen den Rassismus.

Der Kölner Armutsforscher ist einer der engagiertesten Kritiker von Sozialabbau. Sowohl von seiner Art als auch von seinen Inhalten ist er ein Gegenentwurf zu Steinmeier, einem der Architekten der ‚Agenda 2010‘.

Er ist Kandidat für alle, die sich nicht mit Sozialabbau, ansteigender Armut und Kriegeinsätzen der Bundeswehr abfinden wollen.“

Pressemitteilung der Linken NRW vom 21.11.2016

DIE LINKE hat am 21. November Professor Christoph Butterwegge als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten nominiert.

Dazu erklärt Özlem Alev Demirel, Landessprecherin der Partei DIE LINKE in Nordrhein-Westfalen: "Ich freue mich sehr, dass mit Professor Christoph Butterwegge nun die Bundesversammlung eine echte

Linke fordert mehr Teilhabe für Kinder und Jugendliche



Vor 25 Jahren, am 20. November 1991, wurde die UN-Kinderrechtskonvention beschlossen. Dieses Jubiläum nimmt Die Linke im Rat der Stadt Aachen zum Anlass, mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalpolitik einzufordern.

So soll das Bürgerforum zukünftig zwei Mal im Jahr als Jugendforum tagen. Dies ist für beide Seiten von Vorteil: die Politik erfährt direkt, wo sie im Interesse der jüngeren AachenerInnen aktiv werden kann, und die Kinder und Jugendlichen können Demokratie direkt erleben und erfahren. Das ist heutzutage wichtiger denn je.

Zudem wollen Die Linken eine Einwohnerfragestunde speziell für

junge Menschen vor den Sitzungen des Kinder- und Jugendausschusses einführen.

Es ist der Ausschuss, der sich unmittelbar mit der Lebenswelt der Aachener Kinder beschäftigt. Es ist absurd, auf die Fragestunden des Rates zu verweisen, obwohl der Ausschuss eine völlig andere gesetzliche Grundlage hat. Gleichzeitig möchte DIE LINKE auch die Fragerechte von Kindern und Jugendlichen in der Geschäftsordnung des Rates verankern: Es ist nach der Gemeindeordnung auch schon heute möglich, dass Kinder und Jugendliche Fragen stellen können, aber es ist viel zu wenig bekannt. Dies will die Fraktion DIE LINKE ändern.

Michael Bredohl,

Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher der Linken im Rat der Stadt Aachen

Wie sieht eine zeitgemäße Drogenpolitik aus?



Die von den großen Parteien SPD und CDU gestaltete deutsche Drogenpolitik ist gescheitert.

Seit über 50 Jahren setzen unsere Regierungsparteien fast ausschließlich auf das Mittel des Verbots und verfolgen das vollkommen unrealistische Ziel einer absolut drogenfreien Gesellschaft.

Es wird wider besseren Wissens an Gesetzen und Verordnungen festgehalten, welche die Polizei, Justiz und Gerichte überlasten, sowie den steuerzahlenden Bürgern Jahr für Jahr Milliarden Euros an wirkungslos eingesetzten Steuergelder kosten.

Für uns Linke ist dieses Vorgehen unakzeptabel. Und das Mantra von CDU und SPD „Mehr Polizei, mehr Justiz und mehr Kontrollen durch das Ordnungsamt“ haben bisher noch keinerlei Erfolg gezeigt. Trotz erheblicher Mehrkosten für die Bürger steigt die Anzahl an Drogenkonsumenten.

Wir Linke sehen in einer vernünftigen und realitätsnahen Drogenpolitik den Schlüssel zum Erfolg. Aus diesem Grunde fordern wir für Aachen und die Städteregion einen größeren Drogenkonsumraum, in dem mitgebrachtes und ärztlich verordnetes Diarmorphin unter hygienischen Bedingungen und

unter fachlicher Aufsicht konsumiert werden kann.

In der Drogenszene wird es spürbare Veränderungen geben. Die Süchtigen werden verbesserte Gesundheitszustände erreichen und somit ihre soziale Situation stabilisieren. Teilweise könnten sie dann wieder ein geregelteres Leben mit festem Wohnsitz und geregelter Arbeit aufnehmen. Die suchtkranken Menschen müssen nicht mehr kleinkriminelle Straftaten ausüben, um sich illegale Drogen zu besorgen. Der illegale Drogenmarkt wird mittelfristig ausgetrocknet. Polizeibekannt sind in Aachen ca. 5.000 Drogenkonsumenten, davon nehmen 2.000 härtere Drogen.

Auch die nicht Drogen konsumierende Bevölkerung wird durch Drogenkonsumräume entlastet, da durch diesen der Konsum illegaler, harter Drogen in der Öffentlichkeit rückläufig sein wird. Gleichzeitig wird die Kriminalitätsrate erheblich gesenkt. Dies entlastet die steuerzahlenden Menschen erheblich. Dann kann sich die Justiz und Polizei endlich ihren wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben zuwenden und muss nicht irgendwelchen süchtigen und kranken Kleinkriminellen nachjagen.

Andreas Dittrich,

Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Eschweiler und im Städteregionstag Aachen



WIR



Bestellschein an: Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Haus der Städteregion • Zollernstraße 16 • 52070 Aachen

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag erhalten. Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

Impressum:

WIR in der Städteregion
Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

e-mail:
wir-redaktion@dielinke-aachen.de
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch:
Fraktion DIE LINKE im
Städteregionstag
Haus der Städteregion, Zollernstraße 16
52070 Aachen

Redaktion
Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),
Albert Borchardt, Hans Janosch,
Marika Jungblut, Dirk Makowski,
Layout

Lasse Klopstein, Albert Borchardt
Fotos:

www.pixelio.de, wikimedia commons,

Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV
Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE
NRW, pixabay.com

Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Druck
Euregio-Druck, 52068 Aachen,
Dresdener Straße 3

Auflage
38.000

Dank an alle, die das Erscheinen
dieser Ausgabe möglich gemacht
haben, und Dank auch an alle, die sie
in die Welt hinaus tragen.

Ihr seid toll.

Nächste Ausgabe: Frühjahr 2017
Redaktionsschluss März 2017



Härtefallfonds gegen Stromsperren ist CDU und SPD keine Diskussion wert

Nichts geht mehr, man sitzt im Dunkeln, kein Licht, kein Radio, kein Fernsehen. Man kann nicht mehr Kochen, Waschen, Duschen, vielfach nicht einmal telefonieren.

Was die meisten von uns für wenige Minuten schon erlebt haben, z.B. wenn die Sicherung

rausspringt, ist für viele Menschen unter uns Tage, Wochen oder gar Monate bitterer Dauerzustand. Ihnen wird der Strom abgestellt, weil sie die Rechnung nicht zahlen können.

Das darf es in unserer Gesellschaft gar nicht geben. Solange jedoch kein Bundesgesetz dafür sorgt, dass in unserem reichen

Land niemand ohne Strom leben muss, haben wir in den Kommunen die Verantwortung dafür zu sorgen, dass besondere Härten ausgeglichen werden.

Die Linke hatte im September 2016 beantragt, in Aachen einen Härtefallfonds einzurichten. Stadt und STAWAG sollten gemeinsam in diesen Fonds einzahlen, um diejenigen Haushalte zu entlasten, bei denen alle bisherigen Maßnahmen versagen. Am 26. Oktober fand sich der Antrag auf der Tagesordnung des Stadtrates.

Es gibt zwar einen Runden Tisch Energiesperren, Schuldnerberatung und Verbraucherzentrale sind dort im Austausch mit dem Jobcenter und dem Fachbereich Wohnen und Soziales. Doch trotz aller Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten wird jedes Jahr 1.480 Privathaushalten in Aachen die Energieversorgung gesperrt. Die bestehenden Angebote erreichen diese Menschen nicht. Deshalb

hat die Stadt Hannover einen Härtefallfonds eingerichtet und gezeigt, dass dadurch die Zahl der Stromsperren noch weiter gesenkt werden kann. Wir wollten im Sozialausschuss über die Einrichtung eines solchen Fonds beraten. Leider kam es nicht dazu.

CDU und SPD lehnten eine intensive Diskussion im Fachausschuss ab und beschlossen mit abenteuerlichen Begründungen im Eilverfahren die Ablehnung des Antrags.

Wer die Auffassung vertritt, dass die Übernahme von Stromschulden sozial benachteiligter Menschen denjenigen gegenüber ungerecht sei, die ihre Rechnungen bezahlen, es gar schlechte Zahlungsmoral fördere, der ignoriert die zunehmende Armut in unserer Stadt.

Leo Deumens, *Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Aachen*



© Michael Kopatz_pixelio.de



Ihre Meinung ist uns wichtig!
Schildern Sie uns Ihre Erfahrungen

eMail:

wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Stichwort "Leserbrief"

Haus der Städteregion

Zollernstraße 16

52070 Aachen



Solidarische Schuldnerberatung ist nötig – Betroffene nicht länger im Stich lassen!

Nach dem Motto „Es muss sich alles ändern, damit alles so bleibt, wie es ist“ wurde im letzten Jahr anlässlich der Verabschiedung des Strukturkonzepts ein neues Konzept für die Schuldnerberatung angekündigt. Nach mehr als einem Jahr der Überprüfung erhält nun endlich die Politik eine Vorlage, wonach alles beim Alten bleiben soll.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE wurde damit eine Chance vertan. Nach der Umstellung des Systems in 2012 fielen einige

Bevölkerungsgruppen aus der kostenlosen Schuldnerberatung heraus. Das betraf u.a. Arbeitslose nach dem SGB III, Rentner und Geringverdiener. An dieser fragwürdigen Praxis wurde nichts geändert, obwohl die gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen immer wieder auf das Problem hinwiesen. Auch die aktuelle Vorlage, die dem Städteregionstag vorgelegt wird, lässt mehr Fragen als Antworten offen. Dabei hatte die Linksfraktion in einem Antrag vom 7.11. eigens auf die Problematik hingewiesen.

Ver- und Überschuldung ist ein

besorgniserregendes Phänomen, das nicht nur Langzeitarbeitslose betrifft. Nachzulesen ist dies im aktuellen Schuldneratlas der Firma Creditreform. Demnach liegt der Schuldneranteil in der Städteregion mit mehr als 11% über dem Bundesdurchschnitt! Besonders bei älteren Menschen nimmt die Überschuldung zu.

Die Ausführungen der Verwaltung zu den Alternativangeboten bei Arbeitsagentur und Amtsgerichten sind nicht überzeugend. Immer noch fallen zu viele Leute durch das Raster, die nicht nur eine rein rechtliche Beratung,

sondern auch eine soziale Hilfestellung benötigen.

Zu hinterfragen ist auch, warum die Städteregion weiterhin an der Konzessionierung privatgewerblicher Anbieter festhält. Stattdessen sind aus unserer Sicht die gemeinnützigen Träger die richtigen Ansprechpartner für eine umfassende soziale Beratung. Schließlich geht Verschuldung in der Regel mit psychosozialen Problemlagen einher.

Harald Siepman,

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag



Ist Inklusion politisch gewollt? Geplantes Bundesteilhabegesetz (BTHG) behindert!

Das BTHG soll Ende dieses Jahres vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden.

Zusammengefasst soll eine neue Definition der Bedarfsfeststellung zur Eingliederungshilfe das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, Partizipation und Inklusion von Menschen mit Behinderungen sicherstellen.

Um dieses Ziel zu erreichen, hätte mit der Teilhabe am Gesetz bereits im Vorfeld durch Mitgestaltung und Einflussnahme für mehr Inklusion durch die 11-12 Millionen Betroffenen bei der Entstehung des Gesetzestextes begonnen werden müssen. Vertreter von Behindertenverbänden waren jedoch nur zu Anhörungen zugelassen; ihre Kernforderungen – denen sich 140 Organisationen und Vereine angeschlossen haben, wurden missachtet. Eltern von Jugendlichen mit körperlichen, geistigen, psychischen Einschränkungen kommen im BTHG nicht vor.

Die Debatten über den Gesetzesentwurf waren bestimmt von Begriffen wie „Effizienz“, „Evaluierungen“, „Nachweisen von Bedarf“, „verwertbarer Arbeit“ usw. Das widerspricht der UN-Behindertenrechtskonvention, die von der deutschen Regierung unterschrieben wurde. Menschen mit Behinderung müssen selbst entscheiden können

wo, wie und mit wem sie wohnen und leben möchten und bekommen dafür bei Bedarf Assistenz oder Unterstützung. Sie sollen nicht gegen ihren Willen in Heimen leben müssen, weil sie nur dort bestimmte Leistungen bekommen. Behinderung darf laut UN-Behindertenrechtskonvention nicht arm machen. Menschen mit Behinderung haben ein Recht darauf, ihr Einkommen und Vermögen zu behalten, sie sollen über eigenes Geld verfügen können. Das gilt selbstverständlich auch, wenn sie zum Beispiel in einem Wohnheim für Menschen mit Behinderung leben.

Anstelle von mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderung ist das erklärte Ziel des neuen Gesetzes, dass die Ausgaben für Eingliederungshilfe nicht weiter steigen dürfen. Leistungskürzungen und ein komplizierteres Nachweisverfahren sind die Folge.

- Für einen Kinobesuch muss man dann warten, bis weitere fünf Personen den gleichen Film anschauen möchten.
- Wenn die Wohnung zu teuer ist, muss man umziehen.
- Wer sich durch Ansparen einen lang gehegten Wunsch erfüllen möchte wie z.B. eine Urlaubsreise, darf gar nicht so viel Geld auf dem

Konto haben.

- Studieren darf dann nur, wer beispielsweise keine Freunde hat, unter Depression leidet, unmusikalisch ist und nicht kochen kann.

Denn nach dem neuen Bundesteilhabegesetz erhält Eingliederungshilfe nur, wer Unterstützung in mindestens fünf von neun Lebensbereichen benötigt (§99 SGB IX) wie z. B. Arbeitsleben, Mobilität, Kommunikation, Selbstständigkeit, Häuslichkeit. Menschen mit Behinderung brauchen aber oft nur in wenigen Bereichen Unterstützung. Zum Beispiel wenn es um Verträge, Hilfe beim Lernen oder beim Sprechen geht. Tritt das neue Gesetz in Kraft, würden sie keine Hilfe mehr bekommen.

Des Weiteren werden „Teilhabeleistungen“ der neuen Eingliederungshilfe nachrangig gegenüber Pflegeleistungen behandelt. Das bedeutet, Menschen mit Behinderung müssen sich vorrangig an eine Pflege-Einrichtung wenden, wenn sie Unterstützung benötigen. Vor allem junge Menschen mit Handicap wehren sich zu Recht dagegen, als „Pflegefälle“ behandelt zu werden.

Das neue Recht ist zudem komplizierter und macht es schwerer, Hilfe zu beantragen..

Auch sollen die Einrichtungen für Menschen mit Behinderung weniger Geld bekommen. Anbieter werden so

möglicherweise dazu gezwungen, die Qualität ihrer Leistungen zu verschlechtern.

Die marktförmige Ausrichtung aller Lebensbereiche und stark gestiegene soziale Ungleichheit hierzulande führen zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Ausgrenzung. Inklusion ist Daseinsvorsorge für Menschen, die besondere Unterstützung in einigen Lebensbereichen benötigen. Unterliegt sie jedoch dem Anpassungsdruck in Bezug auf Kosten, Verwertung und Auslese, ist dies konträr zum Anspruch des BTHG. Wäre Inklusion politisch gewollt, dann

- würden gute und sinnvolle Regeln aus dem Sozialgesetzbuch 9 erhalten bleiben
- würde der UN-Behindertenbegriff ins Neunte Sozialgesetzbuch übernommen
- würde das Recht auf Arbeit für Menschen umgesetzt, die mehr Hilfe brauchen (d.h. Arbeitnehmer statt Patientenstatus im zweiten und dritten Arbeitsmarkt)
- gäbe es keine Verwischung von Verschiedenheit im Bildungsbereich, bei dem Stärkere der Maßstab sind.

Helga Ebel,

Gesundheitspolitische Sprecherin

DIE LINKE im Städteregionstag Aachen

Weihnachten versenken, Abo verschenken!

Weihnachten ist die Zeit, sich mal in gute Lektüre zu versenken – eine Freude, die Sie auch Freunden und Bekannten zuteil werden lassen sollten! Deshalb jetzt das fette »nd«-Abo klarmachen, zwei Monate verschenken – und die smarte Ausspäh-Schutzhülle fürs Handy gleich miteinsacken!

2 Monate »nd«
+ Handy
Tarnkappe
nur **39 €***

Bestellen: www.neues-deutschland.de/abo • Tel. 030-29781800 • abo@nd-online.de

* Das Angebot gilt nur für NeabonnentInnen und verlängert sich NICHT automatisch.

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

Den Linken stinkt's gewaltig



„Es stinkt unerträglich“, weiß Ulla Epstein, Stadtratsmitglied der Linken aus olfaktorischen Erfahrungen in Laurensberg.

Aber das ist der kleinere Teil des Problems. In erster Linie sorgt sich die Ratsfrau um den Nitratgehalt des Trinkwassers in der Region. Der Gülleexport aus den Niederlanden scheint in Grenznähe um Aachen besonders zu florieren.

Georg Biesing, Vertreter der Linken in der Bezirksvertretung, weist daraufhin, dass die Bundesregierung längst hätte reagieren müssen. In Berlin gehe man grob fahrlässig mit der wichtigsten Naturressource unseres Planeten um. Endlich habe jetzt

wenigstens die EU gehandelt und Deutschland verklagt.

Nitrat im Trinkwasser ist in höheren Konzentrationen giftig. Säuglinge sind besonders gefährdet. Dazu kommt die mögliche Umwandlung zu Nitrit und weiter zu Nitrosaminen. Nitrit ist sehr giftig, Nitrosamine werden mit Krebserkrankungen in Verbindung gebracht.

Die gesetzlichen Grenzwerte für Trinkwasser werden zwar fast immer eingehalten. Aber das gelingt zunehmend nur noch durch das Vermischen von stark und weniger stark belastetem Wasser. Eine chemische Abtrennung ist aufwendig. Beides ist keine nachhaltige Lösung.

Wie aufwendig und kostspielig die Aufbereitung des Trinkwassers durch



die Überdüngung des Bodens ist, will die Fraktion nun vom Wasserverband Eifel-Rur erfahren, wo Fraktionsgeschäftsführerin Ellen Begolli die LINKE vertritt.

Die Überdüngung des Bodens in der Landwirtschaft muss aufhören. Nur wenn der Nitratwert im Grundwasser

und im Oberflächenwasser ein natürliches Niveau erreicht, ist unser Trinkwasser geschützt. Das sind wir kommenden Generationen schuldig.

Lasse Klopstein,

Fraktionsassistent DIE LINKE Aachen und Mitglied der Bezirksversammlung Aachen-Mitte

LINKE fordert: Kürzungspolitik nicht nur im Straßenverkehrsamt beenden!

Die Linksfraktion in der Städteregion Aachen begrüßt die Sofortmaßnahmen beim Straßenverkehrsamt. In der vergangenen Sitzung des Städteregionssausschusses wurde einstimmig die bislang geltende Stellenbesetzungssperre aufgehoben, nachdem unabhängige Gutachter einen akuten Personalnotstand festgestellt hatten.

Dieser Personalnotstand ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis jahrelanger Kürzungspolitik. Wir müssen diese verbinden mit einer grundsätzlichen Infragestellung geltender Besetzungssperren, wie sie in der Städteregion und in vielen weiteren Kommunen üblich sind.

DIE LINKE habe schon seit langem betont, dass die Kürzungen zulasten von Beschäftigten und Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen ginge. Wir hatten als Fraktion unseren Antrag dazu bereits geschrieben, bevor überhaupt etwas von der Verwaltung dazu vorlag.

Wir erhofften dadurch, dass bei schneller Besetzung der nun beschlossenen Stellen die unzumutbaren Zustände für die überlasteten Beschäftigten und lange Warte- und Bearbeitungszeiten sowie mangelnde telefonische Erreichbarkeit für Kun-

den schnelle Besserung erfahren. Die zunächst auf zwei Jahre befristeten zusätzlichen Stellen seien das Mindeste und sollten unbedingt verstetigt werden.

Weitere Nachfragen der LINKEN im Personalausschuss hatten bereits ergeben, dass auch andere Ämter der Städteregion unterbesetzt sind. Diese Zustände passen ins gesamtdeutsche Bild. Die neoliberal begründete Spar- und Kürzungspolitik im öffentlichen Dienst wurde immer wieder bestärkt durch die Steuersenkungen seit 2001, von denen vor allem die Besserverdienenden profitiert haben. Einer Studie der Hans Böckler-Stiftung zufolge benötigt der öffentliche Dienst einen Zuwachs von über 100.000 zusätzlichen Stellen, um gesellschaftliche Bedarfe bedienen zu können. Auch in der Städteregion gilt: Damit die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern dienen kann, muss sie ausreichend personell ausgestattet sein. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die Bevölkerung zahlt schließlich Steuern und kann eine adäquate Gegenleistung erwarten. Lange Wartezeiten können mal passieren, sollten aber kein Dauerzustand sein.

Hans Gruber



© Ulrich Löwenberg_pixelio.de

Bundesautobahngesellschaft: Unsere Straßen müssen öffentlich bleiben

Pressemitteilung der Linken NRW vom 26.10.2016

Die Pläne für eine Bundesautobahngesellschaft beunruhigen die NRW-Linke. Neben der Sorge um die 6.000 Beschäftigten bei Straßen.NRW ist es vor allem die Gefahr der Privatisierung öffentlicher Straßen, die bei den Linken Kritik hervorruft. Erklärte Absicht ist, der neuen Gesellschaft eine privatwirtschaftliche Rechtsform zu geben. Ein Verkauf dieser Gesellschaft sei dann nicht mehr auszuschließen, befürchtet DIE LINKE. Zusätzlich will man über sogenannte ÖPP-Projekte private Investoren einbeziehen.

„Straßen gehören in öffentliche Hände. Daran darf keine Reform

etwas ändern“, erklärt Christian Leye, Sprecher der NRW-LINKEN.

Privatwirtschaftliche Gesellschaften sind nach Auffassung der Linken demokratisch nur unzureichend zu kontrollieren. Beim Thema ÖPP verweist Die Linke auf die schlechten Erfahrungen der Vergangenheit, dass ÖPP praktisch immer zum einseitigen Vorteil der Investoren und zum Nachteil der öffentlichen Hand ausgegangen sei.

„Wenn zuwenig Geld für die Finanzierung unserer Verkehrswege vorhanden ist, dann weil sich die Regierenden nicht an die Geldbeutel der Reichen trauen. Hier muss man ansetzen, statt den Ausverkauf unseres Gemeinwesens weiterzutreiben“, fordert Leye.

Zunehmende Verarmung durch die „Regelsatzerhöhung“

Der Regelsatz wird alle 5 Jahre anhand der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) neu berechnet. Die letzte Berechnung erfolgte anhand der Daten von 2008 und wurde aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das eine neue Berechnung forderte, 2011 durchgeführt.

Verantwortlich für die Neuberechnung ist das Bundesarbeitsministerium (BMAS), damals unter der Führung von Frau von der Leyen (CDU).

Bei dieser Neuberechnung wurde nicht nur willkürlich die Referenzgruppe von 20% auf 15% abgesenkt, sondern es wurden auch verschiedene Posten aus dem Regelsatz gestrichen oder gekürzt, die man nicht für wichtig erachtete oder der sozialen Teilhabedienten. Ich möchte an dieser Stelle einige dieser Posten aufzählen: Tabak, Alkohol, Blumen (inkl. Tannenbaum), Grabschmuck, Tierfutter, etc.

Auch wurden die Kosten für Mobilität drastisch zusammengestrichen, und die geforderte Anhebung der Kosten für Energie durch das Bundesverfassungsgericht einfach ignoriert.

Die Praxis der Neuberechnung wurde damals nicht nur von der Partei DIE LINKE, sondern auch von der SPD scharf kritisiert. Dieses Jahr (bzw. letztes Jahr) wurde die neue EVS, die auf den Daten von 2013 beruht, veröffentlicht. Es erfolgte daraufhin die Neuberechnung durch das BMAS unter der Führung von Frau Nahles (SPD).



Wer jetzt meint, dass Frau Nahles die unzumutbare Berechnungspraxis geändert hat, irrt sich. Diese wurde genauso fortgeführt und seltsamerweise durch die SPD nicht mehr scharf kritisiert.

Daher wird der Regelsatz 2017 um gigantische 5,- Euro für einen Ein-Personen Haushalt steigen. Lebt man in einer sogenannten „Bedarfsgemeinschaft“, bekommt man satte 4,- Euro mehr. Um zu verstehen, wie diese Minierhöhung zu Stande gekommen ist, muss man sich die Referenzgruppe, anhand derer der Regelsatz berechnet wird, einmal genau anschauen.

Die einkommensschwachen Haushalte haben in der Zeit von 2008 bis 2013 reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. Verdiente ein Ein-Personen Haushalt 2008 noch 716,- Euro, waren dies preisbereinigt 2013 nur noch 715,- Euro, auch bei den Familien-

haushalten mit einem Kind ist das reale Einkommen in diesem Zeitraum von 1976,- Euro auf 1923,- Euro gefallen.

Auch wurde die versteckte Armut nicht aus der Berechnung herausgerechnet, da ein Ein-Personen Haushalt im Jahr 2013 in Aachen einen Leistungsanspruch nach dem SGB II in Höhe von ca. 858,- Euro hatte.

Der jetzige Regelsatz ist von seiner Höhe her vollkommen ungeeignet, um den Betroffenen ein Leben in Würde zu ermöglichen, wie es die Gesetzgebung vorsieht.

Er führt dazu, dass die Menschen, die von ihm leben müssen, zur Haft in den eigenen vier Wänden verurteilt werden, da sie nicht mal mehr in einem bescheidenen Maße am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Ich möchte an dieser Stelle keine Forderung nach einer Regelsatzerhöhung stellen, da dieser nur ein Aspekt des Problems „Hartz IV“ ist. Was wir brauchen ist eine armutsfeste, sanktionsfreie Mindestsicherung! Nur diese wird auf Dauer die Armut verhindern, in der mittlerweile weite Teile der Bevölkerung leben müssen.

Robert Schwedt,
AG Soziales der Linken Aachen

Sozialkonferenz: Spannende Veranstaltungen zum Thema Armut

„Deutschland geht es gut.“ Mit diesem Statement glänzen nicht nur die Kanzlerin, sondern auch viele andere bürgerliche PolitikerInnen. Den deutschen Konzernen mag es mit ihren riesigen Profiten gut gehen, aber viele Menschen in Deutschland haben ein existenzielles Problem: Armut.

Laut dem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind über 12 Millionen Menschen in Deutschland arm, was 15,4% der Gesamtbevölkerung entspricht. Dabei wird zumeist an klassische Armutsregionen wie das Ruhrgebiet gedacht, aber auch in Aachen beträgt die Armutsquote 19,7% und ist somit deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

Diese Zahlen sind alarmierend, und es wird endlich Zeit, etwas dagegen zu unternehmen. Aus diesem Grund hat sich der Kreisvorstand der Linken in der Städteregion Aachen entschieden, eine Sozialkonferenz zu

organisieren. Bei dieser Sozialkonferenz wollen wir verschiedene Akteure aus Wissenschaft, der Partei, lokalen Initiativen und Bündnissen usw. zusammen bringen und gemeinsam über die wichtigsten Themenfelder diskutieren.

Unsere erste Veranstaltung beschäftigt sich zunächst mit den grundlegenden Ursachen von Armut in Deutschland, aber auch über die spezifischen Gründe für Armut in Aachen und NRW.

In weiteren Veranstaltungen wollen wir über die Themen: Gesundheit, Inklusion, Prekäre Beschäftigung, Wohnen und Rente sprechen. Dabei sollen zum einen die derzeitigen Fehlentwicklungen analysiert und zum anderen Ideen entwickelt werden, wie konkrete Verbesserungen in diesen Bereichen erreicht werden können. Es soll also nicht nur über die Ursachen, sondern auch über Wege zu einer solidarischen Gemeinschaft

gesprochen werden. Wir freuen uns auf spannende Veranstaltungen mit tollen ReferentInnen und hoffentlich lebhaften Diskussionen.

Igor Gvozden,

Mitglied des Vorstands DIE LINKE Aachen

Weitere Veranstaltungen im Rahmen der Sozialkonferenz

Gesundheit

13.01.2017, 18:00-21:00, Linkes Zentrum

Inklusion

17.02.2017, 18:00-21:00, Linkes Zentrum

Prekäre Beschäftigung

02.04.2017, 11:00-14:00, DGB Haus

Wohnen

11.06.2017, 11:00-14:00, Linkes Zentrum

Rente

07.07.2017, 11:00-14:00, Linkes Zentrum



v.l.n.r. Ellen Begolli, Leo Deumens, Prof.Dr. Helga Spindler, Igor Gvozden, Robert Schwedt, Horst Vöge

Armut als Problem erkennen und angehen

Unter dem Titel „Armut in Aachen“ fand am 4.12. in der Aachener Nadelfabrik der erste Teil der Sozialkonferenz der Linken statt. Freuen konnte sich Kreisvorstandsmitglied und Landtagskandidat Igor Gvozden nicht nur über Ellen Begolli und Leo Deumens von der Aachener Stadtratsfraktion, sondern auch über Helga Spindler, ehemalige Professorin der Uni Duisburg-Essen, und Horst Vöge, Vorsitzender des VdK NRW.

Spindler, seit Jahren eine engagierte Kritikerin der herrschenden Sozialpolitik, wies auf die verschiedenen Facetten von Armut hin, die sich nicht nur in der krassen Form wie einer Zunahme des

Flaschensammelns aus Containern zeigt, sondern auch in die untere Mittelschicht hineingreift.

Denn trotz einer steigenden Erwerbstätigkeit und einem damit einhergehenden Rückgang der Arbeitslosigkeit bleibt die Armutsquote in Deutschland seit Jahren stabil auf einem hohen Niveau. Arbeit alleine schütze nicht mehr vor Armut. Der größte Anstieg an Armut habe es aber schon vor ca. 15 Jahren in der Regierungszeit von Gerhard Schröder gegeben.

Vöge, der 15 Jahre der SPD-Landtagsfraktion in NRW angehörte, warnte eindringlich vor den Auswirkungen von Armut auf die Demokratie. So wies er auf die großen Unterschiede zwischen Arm und

Reich hin, die nicht nur Regionen, sondern auch Stadtteile voneinander trennen. Ein besonderes Problem sei die zunehmende Armut bei Rentnern, die sich zurzeit vor allem bei Erwerbsrentnern zeigt, in Zukunft aber vor allem die Altersrentner treffen wird, deren Erwerbsbiographien durch Arbeitslosigkeit, Erziehungs- und Pflegezeiten gekennzeichnet sind.

Robert Schwedt, Sprecher der AG Soziales der Aachener Linken, konnte aus seiner eigenen Tätigkeit der Sozialberatung berichten, wie schwierig es für Transferempfänger geworden ist, bezahlbaren Wohnraum in der Stadt zu finden. Außerdem sei der Regelsatz im SGB II trotz besseren Wissens immer noch viel zu niedrig.

Leo Deumens wies in seinem Vortrag auf die Aktivitäten der Aachener Stadtratsfraktion hin, welche z.B. ein Antragspaket zum Thema Armut in den Stadtrat eingebracht hat. Dieses wurde aber von der Verwaltung und der Politik, insbesondere der großen Koalition aus CDU und SPD, abgeblockt. Seiner Meinung nach fehlt den genannten Parteien das Gespür für die Sorgen vieler Menschen in der Stadt. Ellen Begolli ergänzte dies mit dem Hinweis, dass sich Armut nicht nur auf materielle Sorgen beschränken lässt. Vielmehr ginge geringes Einkommen oftmals mit Stress, schlechter Gesundheit, Scham und einem Verlust an sozialen Netzwerken einher. Die Jobcenter-Bürokratie tue ihr übriges, um Eigeninitiative und Engagement zu bremsen.



Frühstück für alle ! - ... und keiner is(s)t allein

Frühstück im Linken Zentrum Aachen, jeweils am letzten Sonntag des Monats von 10 bis 14 Uhr ab Januar 2017, nächster Termin 29. Januar

In lockerer Atmosphäre können Gespräche mit Gleichgesinnten geführt werden oder es kann im konkreten Austausch mit Kommunal- und Bundespolitikern das Gespräch gesucht werden.

Mieterberatung
jeden Montag von 17:00 bis 19:00 Uhr.
Sozialberatung
jeden Mittwoch von 15:00 bis 17:00 Uhr

Linkes Zentrum Aachen
Augustastraße 69

Mitglied werden. Hier und jetzt!
DIE LINKE.

DIE LINKE.
STÄDTEREGION AACHEN

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastraße 69, 52070 Aachen

Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastraße 69, 52070 Aachen
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
Tel. 0241-9902531
Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum
Augustastraße 69, 52070 Aachen
Tel. 0241-99063820
Öffnungszeiten:
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen und Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften können dem Terminplaner entnommen werden unter <http://www.dielinke-aachen.de/termine>

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

Adressen

**Fraktion DIE LINKE
im Städteregionstag**

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 188,
Tel.: 0241 / 5198 3305
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen
eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen**

Verwaltungsgebäude Katschhof
1. OG, Raum 139 52062 Aachen
Tel.: 0241 / 432-7244 | Fax: 0241 / 41354-17244
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de
www.fraktion-dielinke-aachen.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Baesweiler**

Rathaus: 2. OG- Raum 214
Mariastraße 2 | 52499 Baesweiler
Tel.: 02401 / 800-214
Mail: stadtrat@dielinke-baesweiler.de
http://www.dielinke-baesweiler.de/

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Eschweiler**

Rathaus: Raum 177
52249 Eschweiler | Johannes-Rau-Platz 1
Telefon: 02403 / 71-509 | Fax: 02403 / 60999-207
E-Mail: fraktion-dielinke@eschweiler.de
Bürgersprechstunde u. Sozialsprechstunde
Montag, Dienstag und Donnerstag: 15 - 17 Uhr
Freitag 10 - 12 Uhr

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Herzogenrath**

Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105,
Tel.: 02406 / 83121
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de
www.fraktion.dielinke-herzogenrath.com
Postadresse: Fraktion DIE LINKE
Im Rat der Stadt Herzogenrath
Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath
Bürgersprechstunde jeden Montag
18:00 bis 19:00 Uhr

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Stolberg**

Rathaus: 1.OG, Raum 109
Rathausstr. 11-13 | 52222 Stolberg
Tel.: 02402 / 13484
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de
www.dielinke-stolberg.de
Bürgersprechstunde jeden Donnerstag
15:00 bis 17:30 Uhr

LVR-Fraktion DIE LINKE

Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln
Postanschrift: LVR, 50663 Köln
Tel. 0221-809-7666 Fax 0221-809-7663
eMail: die.linke@lvr.de

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB

Südstraße 53/55, 52064 Aachen
Telefon 0241 / 990 682-50
Telefax 0241 / 990 682-51
E-Mail: andrej.hunke.wk@bundestag.de
www.andrej-hunke.de
Sprechzeiten: Montags 13 bis 15 Uhr,
Donnerstags 17 bis 19 Uhr
und nach Vereinbarung
Sozialsprechstunde Bundestagsbüro Andrej Hunko
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr

Was Sie in der Lokalpresse nicht lesen können:**LINKE im Städteregionstag unterstützt
Weiterführung der Machbarkeitsstudie
zum Radschnellweg**

Nach langer interner Diskussion ist die Fraktion zum Ergebnis gekommen, dass der geplante Radschnellweg gebaut werden sollte, sofern die Machbarkeit festgestellt wird und ein volkswirtschaftlicher Nutzen vorliegt.

Die Vorteile des Radwegs liegen u.a. in einer neuen Art der Finanzierung. Das Land NRW wird den Bau fast vollständig zahlen und auch für die Unterhaltung (Winderdienst, Instandsetzung) sorgen. Die Stadt Herzogenrath beispielsweise muss sich finanziell nicht am Bau beteiligen. Durch die Anbindung der Schulen in Herzogenrath und der Campus-Gelände in

Aachen sowie die Erweiterung nach Merkstein wird der Radschnellweg in die Infrastruktur der Region integriert. Wichtige Zielgruppen wie Schüler, Studenten und Berufspendler erhalten eine attraktive Alternative zu Bus oder Auto. Davon profitieren alle Verkehrsteilnehmer!

Uns ist auch bewusst, dass es einige Nachteile gibt. So wird insbesondere die Strecke zwischen Pannesheide und Herzogenrath zu einem nicht unerheblichen Natureingriff entlang der Bahnstrecke Aachen-Mönchengladbach führen. Aufgrund der Verhältnisse vor Ort scheiden Alternativen aufgrund fehlender Förderungsmöglichkeiten aus. Wir sind dennoch überzeugt, dass der Radweg einen ökologischen und verkehrspolitischen Mehrwert bieten wird.

**Ein Jahr Strukturpapier –
Wenig Fortschritte, viel Stillstand**

Im Herbst 2015 schien das im Städteregionstag verabschiedete Strukturkonzept das Tor zu einer goldenen Zukunft aufzustoßen. Städteregionsrat Etschenberg und der Großteil der Fraktionen waren der Überzeugung, einen Prozess ohnegleichen in Richtung finanzielle Konsolidierung und Zukunftsfähigkeit eingeleitet zu haben.

Kritiker wie DIE LINKE waren schon damals der Überzeugung, dass Teile des Strukturkonzepts nicht umsetzbar sind. Sie sehen sich ein Jahr später in ihrer Einschätzung bestätigt. So lassen sich weder die Schließung eines Berufskollegs noch die Überführung der Förderschulen in den Landschaftsverband Rheinland umsetzen. Im Sozialbereich kommt es zwar zu keinen Kürzungen. Der angekündigte große

Wurf einer integrierten Sozialplanung läßt aber auf sich warten. Von einer Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus ist ebenfalls reichlich wenig zu sehen. Relativ fix umgesetzt wurden hingegen die Vorschläge, welche die Bürger und Bürgerinnen finanziell treffen. So werden beim Straßenverkehrsamt seit einiger Zeit Parkgebühren erhoben.

Die erhoffte Entlastung der Kommunen, welche die Städteregion zu einem großen Teil über die Regionsumlage finanzieren, ist bisher ausgeblieben. Eine nachhaltige Entlastung der Städte und Gemeinden und damit lebenswerte Kommunen mit gut ausgestatteten Schulen, einer modernen Verwaltung und einer intakten Infrastruktur sind ohnehin nur möglich, wenn der Bund die Sozialleistungen in größerem Umfang als bisher übernimmt.

